

der betonten Investitionsförderung in den Nachkriegsjahren. Gegenüber dieser Orientierung sollte heute wieder der vorrangige Gesichtspunkt der angemessenen Steuerlast-Verteilung die gebührende Beachtung erhalten“.

Nach dem Bonner Machtwechsel will nun Alex Möller die bereits von seinem Vorgänger Strauß versprochene Reform durchsetzen. Die 1968 gebildete 15köpfige Steuerreform-Kommission ist angewiesen, bis Ende dieses Jahres ihre Vorschläge vorzulegen.

Schon jetzt steht freilich beinahe fest, daß die sozial-liberale Koalition nur Flickwerk zustande bringen wird. Als erstes verstanden sich die Regierungsteilhaber SPD und FDP dazu, den Gewerkschaften eine Verdoppelung des Arbeitnehmer-Freibetrages von derzeit 240 Mark zu versprechen. Gleichzeitig garantierten sie den Liberalen den Abbau der dreiprozentigen Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer, von dem vorwiegend Selbständige begünstigt werden.

Der DGB errechnete den Effekt dieses ersten Reform-Pakets: Wer 100 000 Mark im Jahr zu versteuern hat, gewinnt durch Wegfall der Ergänzungsabgabe 1019 Mark; dem einfachen Arbeitnehmer hingegen wird der doppelte Freibetrag nur eine jährliche Entlastung von 45,60 Mark bescheren.

Für die große Reform des gesamten Abgabensystems, die Alex Möller bis Ende 1972 durchpauken will, hat der Minister die Marschrichtung festgelegt: keine Erhöhung des Steuervolumens, keine konfiskatorischen Steuern.

Unkt deshalb Kiels Steffen: „Ich befürchte, bei der Reform wird nicht viel rausbraten, denn die FDP sitzt im Bremserhäuschen.“ Frankfurts SPD-Chef Walter Möller sieht noch schwärzer: „Es ist überhaupt eine Frage, ob wir eine wirkliche Änderung der Steuergesetze zugunsten der Kleinverdiener bei unserem gegenwärtigen Parteivorstand in den eigenen Reihen durchsetzen können.“

Bisher jedenfalls habe die Bonner Koalition nichts Bemerkenswertes im Programm. Lediglich die Sparförderung, die den Wohlhabenden mehr nützt als den Armen, soll verbessert werden, und über eine Senkung der Gewerbesteuer wird gesprochen. Resümiert Walter Möller: „Alles nur Vorschläge zur Plünderung der öffentlichen Kassen zugunsten der Reichen.“

PARTEITAGE

SPD HESSEN-SÜD

List vom Land

Im Kurhaus zu Wiesbaden, unter zehn glitzernden Kronleuchtern, ging es ländlich zu. Das Gros der 269 Delegierten auf dem Parteitag des zweit- und lautstärksten SPD-Bezirks Hessen-Süd (75 000 Mitglieder) kam aus Regionen, in denen, wie Hanau Landrat Martin Woythal versicherte, Sozialdemokraten noch „ständig das Ohr am Volk haben“, und nicht aus urbanen Gebieten, wo SPD-Parlamente

„fast von der Straßenbahn aus Politik machen könnten“.

„In Frankfurt“, sagte ein Landmann, „gibt es eine Parteizentrale, die agiert und mit dem Unterbezirk Schach spielt, und wir Genossen draußen sind die Bauern.“ Und weil viele empfanden wie er, ruckte ein Eckstein sozialdemokratischer Parteistruktur: In Südhessen, dort, wo seit je die Mitgliedschaft links vom Bonner Kurs steuerte und SPD-Politiker noch immer Genossen waren, kamen vorletztes Wochenende Rechte an die Macht.

Zunächst freilich bot sich die Runde progressiv dar. „Überall“, beteuerte der Bezirksvorsitzende, Ministerpräsident Albert Osswald, „ist die freiheitlich-demokratische sozialistische Gesellschaft im Aufbau.“ Und unter dem Tagungsmaterial der Delegierten — insgesamt 1,8 Tonnen — lagen fortschrittliche Papiere zur Deutschland- und Vermögenspolitik, zu Hochschule und Bundeswehr.

Der Unterbezirk Dieburg forderte „die Emanzipation der Lohnabhängi-



SPD-Chef Osswald
Kladde für den Kurswechsel

gen durch Aufhebung der Fremdbestimmung“. Die Genossen aus Büdingen sprachen sich für ein „weltweites Verbot... chemischer und bakteriologischer Waffen“ aus. Die Untertanus-Delegierten wollten kostenlose Trinkmilch für Schüler im EWG-Bereich. Und Gießen-Nord beantragte, „den gesamten Waldbesitz in Gemeineigentum zu überführen“.

Doch am zweiten Tag wurden im Kursaal gleich reihenweise die Partekarrieren profilierter Linker, die zu meist in den Unterbezirken Frankfurt und Wiesbaden beheimatet sind, vom Stimm-Kartell der Hinterländer gestoppt.

Nicht wiedergewählt wurden beispielsweise sieben der 13 bisherigen Beisitzer im Vorstand — darunter Frankfurts SPD-Chef Walter Möller, der „einen emotionalen Schlachtruf gegen die Städte“ registrierte, der ehemalige Justiz-Reformer und jetzige Verwalter des Innenressorts im Kabi-

nett Osswald, Dr. Johannes Strelitz, der quicke Landtagspräsident Georg Buch sowie der ehemalige Staatssekretär des pensionierten Landesherrn Zinn, Willi Birkelbach.

Und erst als Albert Osswald Order gegeben hatte, erreichte auch eine linke Auswahl ihr Ziel: Wirtschaftsminister Rudi Arndt, die Dozentin Vera Rüdiger, MdB Dietrich Sperling und, als „linkes Feigenblatt“ („Frankfurter Rundschau“), der südhessische Jungsozialisten-Vorsitzende Gerd Lütgert.

Die List vom Land war lange geplant: Die hessischen Landboten — gelenkt von den Neu-Kandidaten und Landräten Martin Woythal (Hanau), Dr. Herbert Günther (Untertanus-Kreis) und Gustav Hoffmann (Erbach) — hatten bei vertraulichen Treffs im Odenwald, in Gießen, Wiesbaden und Frankfurt einschlägige Kandidaten-Listen erdacht. Die DIN-A4-großen rosaroten Stimm-Kladden waren unter der Hand vor dem ersten Wahlgang verteilt worden.

Anlaß zu der Protestwahl des Landvolks hatte nicht nur der überkommene Konflikt zwischen Parteiprovinzler und Großstadt-Funktionären geboten. Die Kurskorrektur, im Delegiertenmund bald „Bauernaufstand“ genannt, erschien den Ländlern der Südhessen-SPD vor allem wegen der im November anstehenden Landtagswahlen angezeigt.

Daß „pragmatische sozialdemokratische Politik“ erfolgreich sein kann, möchte den Wählern Hanau Woythal demonstrieren, der sich jüngst mit einem Braintrust aus Soziologen und Ökonomen umgab: Bis zum Herbst werden zwei von acht hessischen Gesamtschulversuchen in seinem Landkreis laufen, in dem 72 Prozent der Schüler durch Einführung von Förderstufen weiterführende Schulen besuchen.

Und Landrat Günther, in dessen Kreis seit 1963 allein 53 Zwergschulen aufgelöst wurden, sorgt sich: „Unser guter Ausgangspunkt bei der Wahl ist gefährdet durch Leute, die sich politisch der Stadt Utopia nähern und die Basis des Godesberger Programms wieder einschrumpfen lassen.“ Gemeint sind etwa solche Parteilinke wie die vom Unterbezirk Frankfurt, die unlängst ultimativ die Ablösung des Frankfurter Polizeipräsidenten Gerhard Littmann gefordert hatten — unter anderem mit der Begründung, Littmanns Uniformierte hätten sich rebellierenden Studenten gegenüber zu rabiatisch verhalten.

Die kommenden Landtagswahlen waren es schließlich auch, die der düpierten Linksfraktion im Wiesbadener Kursaal Räson abzwangen: Impulse, wie jüngst die Berliner Genossen protestierend die Tagungsstätte zu verlassen, wurden rasch unterdrückt.

Abends, beim Appelwoi im Vorstadtlokal „Zum Hirschen“, sinnierte Südhessens Karsten Voigt, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, wie die siegreiche Rechte im immer noch recht linken Bezirk wieder aufzurollen sei: „Wir müssen halt künftig durch punktuelle Kritik eine Solidarisierung schaffen.“